

Saarbrücken, 11. März 2004
presse.lt-fraktion@spd-saar.de

Härtefallkommission: CDU-Regierung unglaubwürdig

Der SPD-Landtagsabgeordnete Volker SCHMIDT, zuständig für Ausländerpolitik, wirft Ministerpräsident Müller Unglaubwürdigkeit und Populismus vor. Anlass ist die Aussage Müllers nach einer gemeinsamen Kabinettsitzung (Dienstag, 9. März) mit Vertretern der evangelischen Kirche, sich für die Einführung einer vernünftigen Härtefallregelung einzusetzen. Schmidt: "Die CDU-Regierung macht sich mit dieser Äußerung lächerlich. Bereits im Oktober 2002 hat die CDU eine Härtefallkommission angekündigt. Geschehen ist bisher nichts. Wie so oft nimmt die Landesregierung öffentlichkeitswirksame Ankündigungen vor, denen sie dann aber keine Taten folgen lässt. Das alles legt den Schluss nahe, dass die CDU diese Kommission gar nicht will."

Fragwürdig sei auch Müllers Aussage, die Union nehme die humanitäre Situation der Flüchtlinge ernst. Die Situation im Saarland zeige ein anderes Bild. "Fakt ist, dass im Saarland seit dem Regierungswechsel schneller und öfter abgeschoben wird, als in anderen Bundesländern", kritisiert der Abgeordnete.

Die SPD-Fraktion fordert daher bereits seit langem die Einrichtung der Härtefallkommission. Die Kommission soll nach Ausschöpfung des Rechtsweges überprüfen, ob Antragsteller aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen eine Aufenthaltsbefugnis erhalten können. Nach Ansicht der SPD sollen einer solchen Kommission Vertreter der Kommunen, des Landes sowie von Institutionen aus dem Bereich der Asylpolitik, wie z.B. Kirchen, angehören.

In diesem Zusammenhang verweist Schmidt auch auf Müllers Hin- und Her in Sachen Zuwanderung. "Auch hier hat der Ministerpräsident sein Fähnchen in den Wind gehängt und Kompromisse aus parteitaktischen Gründen blockiert." Wenn der Ex-BDI Präsident Hans-Olaf Henkel Müller als "Oberpopulisten" bei diesem Thema bezeichne (Spiegel-Online vom 9. März) treffe er den Nagel auf den Kopf.